

1. MAI 2017: STATEMENT DER „BDS INITIATIVE OLDENBURG“,

V.i.S.d.P.: Christoph Glanz, Wardenburg, Info über Email BDSOldenburg2016@gmail.com

Die Gewerkschaften rufen am heutigen Ersten Mai in guter Tradition dazu auf, für die Rechte der Arbeiter*innen auf die Straße zu gehen. Solidarität ist die Grundlage gewerkschaftlichen Handelns. Die Vorgänge der letzten Monate in unserer Stadt lassen unserer Meinung nach berechtigten Zweifel daran entstehen, ob dem im Fall der GEW-Leitung aktuell so ist. Daher diese Kurzdokumentation- zur Meinungsbildung für Gewerkschafter*innen und interessierte Öffentlichkeit.



INHALT

- 1) **Angenommener Antrag der Jahreshauptversammlung der GEW Oldenburg-Stadt, 4.4.2017.** Inhalt des Antrags war -neben dem eigentlichen Text- die Veröffentlichung auf der Homepage der GEW Oldenburg am Folgetag, 5.4.2017. **Der Vorsitzende teilte sofort nach der Sitzung mit, dass er versuchen werde diese Veröffentlichung zu verhindern; sie ist bis heute -Stand 1. Mai 2017- nicht erfolgt.** Der Vorsitzende teilte dazu später per Mail mit, dass der Antrag „Gegenstand einer gründlichen juristischen Überprüfung sei“, die zum jetzigen Zeitpunkt „noch nicht abgeschlossen“ sei. Wir können weder aus Form noch Inhalt des Antrags ersehen, was hier juristisch geprüft werden müsste, noch welche andere Motivation es hierzu geben sollte, noch, warum ein frisch wiedergewählter Vorstand sich scheinbar gegen das demokratisch erzielte Abstimmungsergebnis der eigenen Mitgliedschaft wenden sollte.
- 2) **Auszüge aus dem nicht-veröffentlichten Artikel in der GEW-Zeitschrift PaedOI.** Dieser thematisierte u.a. die mehrfache Absage von Menschenrechtsveranstaltungen zum Thema Israel/Palästina in Oldenburg, Diffamierungskampagnen. Die bereits gedruckten Exemplare wurden vernichtet. **Der vollständige Text ist online über die NWZ und die Seite der BDS Kampagne verfügbar:**
--> https://www.nwzonline.de/r/NWZ_CMS/NWZ/Stehtsatz/OLDENBURG/Grafiken/ArtikelCGlanz.pdf?uuid=SZduoZaEeaY8VYWhSEiJA
--> Alternativ: Google/ Suchmaschine --> Suchwörter „BDS Kampagne Oldenburg Gerechtigkeit einfordern“ --> erster Treffer

1) Ein entschlossenes „Ja!“ zu Meinungsfreiheit und fairer Debatte

Vorgeschichte: Im September 2016 sollte die 99. Ausgabe der PaedOL erscheinen. Statt dessen wurden mehrere hundert bereits gedruckte und versandfertige Exemplare dieser Ausgabe nach Vorstandsbeschluss geschreddert. Wie kam es dazu?

In der vernichteten Ausgabe war ein Artikel mit dem Titel **„Palästina/Israel: Unrecht dokumentieren und Gerechtigkeit einfordern- in Oldenburg nicht möglich?“** enthalten. Dieser wurde zum Anlaß einer massiven Anfeindungswelle gegen den Verfasser, den zuständigen Redakteur, Vorstandsmitglieder der GEW und die GEW Oldenburg als Ganze gemacht. Die entschiedene Antwort der Angreifer*innen auf diese im Titel gestellte Frage lautete: **„Ja! Und wir werden weiterhin dafür sorgen!“**.

Die Angriffe umfassten:

- Skandalisierung und Kriminalisierung der Debatte
- Suggestivfragen und unbelegte diffamierende Behauptungen
- Einschüchterungsversuche und ad-hominem-Attacken
- Einschränkungversuche im Hinblick auf Meinungsfreiheit
- Rufmordkampagnen gegen Einzelpersonen in Lokalpresse, beim Arbeitgeber, etc.
- Email- und Anruflawinen
- etc.

Daran waren massiv Personen und (Lobby-)Organisationen außerhalb der GEW involviert (*Deutsch-Israelische Gesellschaft Oldenburg, American Jewish Committee/ Berlin, Foundation for Defense of Democracies, israelischer Botschafter, Organisation „honestly concerned“...*). Aber auch dem lokalen GEW-Vorstand übergeordnete Funktionsträger*innen und Presseabteilungen (Bezirk, Niedersachsen, Bund) bis hinauf zur Vorsitzenden der GEW selbst, haben sich gegen offene Debatte und Meinungsfreiheit entschieden und Druck ausgeübt, damit der Artikel nicht veröffentlicht wird. Dabei fand eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Artikel oder den gegen ihn vorgebrachten Behauptungen kaum oder nicht statt.

Unsere Antwort als GEW Oldenburg darauf: Wir als GEW Oldenburg stellen diesen Anfeindungen von außen und dem teils unglücklich wankelmütigen, teils schlicht inakzeptablen Umgang mit den Anfeindungen innerhalb der Gewerkschaft ein entschiedenes „Ja!“ zu Meinungsfreiheit und einer vernunftgeleiteten, auf Fakten und rationalen Argumenten beruhenden Debatte entgegen!

1. MAI 2017: STATEMENT DER „BDS INITIATIVE OLDENBURG“,

V.i.S.d.P.: Christoph Glanz, Wardenburg, Info über Email BDSOldenburg2016@gmail.com

Grundprinzipien unserer gewerkschaftlichen Arbeit sind unter anderem:

- Streben nach einer gerechten Gesellschaft!
- Solidarität - lokal und international!
- Meinungsfreiheit und kritische Debatte!

Wir erwarten, dass diese demokratischen Grundprinzipien zukünftig in unseren Reihen besser geschützt und verteidigt werden. Insofern verurteilen wir scharf alle Versuche, kritische Debatten in unseren Reihen von innen, außen oder oben kommend zu unterbinden. Offen und fair geführte kontroverse Debatten sind keine Gefahr für unsere Demokratie, sondern ihre Grundlage!

2) Palästina/Israel:

Unrecht dokumentieren und Gerechtigkeit einfordern- in Oldenburg nicht möglich? 18.08.2016

(...) **Aktivismus vor Ort**

Seit ein paar Jahren versuche ich, als Aktivist zu einem Frieden dort beizutragen, der auf Gerechtigkeit beruht. Wenn ich die Gelegenheit bekomme, Zeit im historischen Palästina zu verbringen, so versuche ich vor Ort durch praktizierte Solidarität – in bescheidenem Maße – etwas zu bewirken. Unsere Gruppe zeichnet sich unter anderem durch absolute Gewaltfreiheit aus. Wie sieht das konkret aus? Als internationale AktivistInnen gehen wir an einen der vielen Brennpunkte. Europäische oder amerikanische Pässe verleihen uns einen gewissen Schutz, über den die PalästinenserInnen nicht verfügen. (...) wir erlebten, wie in weniger als 24 Stunden zwei Palästinenser vor unserer Haustür von israelischen Soldaten erschossen wurden. Eine Journalistin des Guardian und ein Mitarbeiter von Amnesty International besuchten uns und nahmen die Zeugenaussagen von acht internationalen AktivistInnen auf. (...) Wie nennt ihr es wenn unbewaffnete Menschen mit Maschinengewehren erschossen werden? Beide Opfer, die wir auf der Straße verbluten sahen, wurden in den Rücken geschossen. (...)



Was hat das alles mit Oldenburg und der GEW zu tun?

Zum einen würde ich hoffen, dass wir noch nicht gänzlich Opfer der selbstverordneten Privatisierung geworden sind. „Wie könnte uns dies *nicht* tangieren?“ lautet die eigentliche Frage. Zum anderen: als Bildungsgewerkschaft kann es uns nicht gleichgültig sein, dass die Hauptleidtragenden – wie immer – Kinder sind. Sie laufen durch Tränengassschwaden zur Schule, überwinden Checkpoints, werden von Siedlern und Polizisten angepöbelt. (...)

BDS – eine Menschenrechtskampagne in Oldenburg

Vor elf Jahren verfasste ein breites Bündnis der palästinensischen Gesellschaft vor diesem Hintergrund den sogenannte *BDS-Aufruf*. Dahinter verbirgt sich eine Graswurzelbewegung, die alle rechtschaffenen Menschen weltweit dazu auffordert, den israelischen Staat und alle Profiteure der Besatzung zu boykottieren (*Boycott!*), dem israelischen Staat und allen Profiteuren Geld (zum Beispiel aus Geldanlagen, Aktien, Pensionsfonds...) zu entziehen (*Divestment!*) und Sanktionen (*Sanctions!*) gegen dieselbigen durchzuführen. (...)

Ist das eigentlich der Maßstab, den wir an die Diskussionskultur in dieser Stadt stellen?

Meinungsfreiheit beinhaltet die Freiheit, in der Öffentlichkeit zu sprechen und argumentativ für seine Anliegen zu werben. Genau dieses Recht aber wird beim Thema Israel offenbar von einem diffusen Geflecht von Akteuren unter Beteiligung von Pseudo-Anarchisten, bürgerlicher Mitte, Universitätsangehörigen, Stadtverwaltung und Polizei unterminiert.

Meine Behauptung ist: so verhalten sich Menschen, die ihr Glaubensgebäude nicht durch Fakten und Argumente erschüttert sehen wollen. Vielleicht aber irre ich mich ja auch. Das könnte mensch zum Beispiel in einer öffentlich wahrnehmbaren Diskussion im Streitgespräch des Für und Wider herausfinden. Aber: genau diesen Diskurs versuchen die Gegner von Meinungsfreiheit und Menschenrechten ja mit aller Macht zu verhindern.

Warum eigentlich?